



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die gespaltene Zeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Betriebsrätegesetz und Unternehmertum.

Das Betriebsrätegesetz hat bei den Arbeitern nicht die Aufnahme gefunden, die seiner grundsätzlichen Bedeutung entspricht. Wie schon aus den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten hervorgeht, ist die Beteiligung an den Betriebsratswahlen in den letzten Jahren nicht unerheblich zurückgegangen. Teilweise haben sogar ganze Belegschaften einzelner Betriebe durch ihre Nichtbeteiligung an den Wahlen auf ihre Rechte aus dem Betriebsrätegesetz verzichtet. Eine politische Heldentat haben sie damit nicht vollbracht. Auch von wirtschaftlicher Einsicht ist dabei nichts zu bemerken. Diese Arbeiter haben lediglich ihrer gefühlsmäßigen Stimmung nachgegeben, den Unternehmern damit einen großen Gefallen erwiesen und sich selbst geschadet. Unbestreitbar ist zwar, daß das Betriebsrätegesetz in seiner gegenwärtigen Form den Wünschen und Bedürfnissen der Arbeiter bei weitem nicht entspricht, aber es bietet ihnen doch manche Vorteile und Rechte, die bei richtiger Inanspruchnahme die Selbstherrlichkeit des Unternehmers im Betriebe nicht unwesentlich einschränken und ihm deshalb unangenehm sind.

Wäre das nicht der Fall, so hätten die Unternehmer nicht das geringste Interesse daran, der Einsetzung von Betriebsräten wie ihrer Tätigkeit Hindernisse in den Weg zu legen und die Teilnahmebereitschaft der Arbeiter gegen seine Durchführung zu begünstigen. Sie tun es, weil sie davon Vorteile erwarten, wenn sie ihre unbeschränkte Herrschaft in den Betrieben wieder herstellen, die den Arbeitern die frühere Abhängigkeit und Rechtlosigkeit bringen soll. Die Beweggründe, die das Unternehmertum bei seiner Abneigung gegen das Betriebsrätegesetz leiten, liegen daher ziemlich klar vor Augen, weshalb es als sehr bedauerlich bezeichnet werden muß, daß die Arbeiterschaft ihm durch ihre Gleichgültigkeit darin Vorwurfs leistet, besonders da auch die wirtschaftlichen Verhältnisse in der gleichen Richtung wirken. Aber auch hier von abgesehen, sind die Folgen eines Verzichts der Arbeiter auf die Beteiligung an den Betriebsratswahlen oder deren nicht genügende Würdigung keineswegs leicht zu nehmen. Sie bestehen darin, daß die Arbeiter im Betriebe keine oder eine ungenügende Vertretung erhalten, wodurch die Wahrung ihrer Interessen bei den für sie wichtigen Gelegenheiten, z. B. Festsetzung der Arbeitszeit, Festlegung der Arbeitspreise, Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren, der Durchführung von Wertbeurteilungen, Einführung von Kurzarbeit, Betriebsstilllegungen, Entlassung von Arbeitern usw. unterbleibt, außerdem aber auch die Tätigkeit der Gewerkschaften schwer beeinträchtigt, wenn nicht in gewissen Fällen völlig illusorisch gemacht werden kann.

Auf diese Weise bildet die Nichtbeteiligung an den Betriebsratswahlen für die Arbeiter des Betriebes — und wenn die Belegschaften mehrerer Betriebe in der gleichen Weise vorgehen — für die gesamte Arbeiterschaft der betreffenden Industrie eine schwere Gefahr. Das erfordert die dringende Mahnung an alle Arbeiter, sich des Ernstes dieser Sachlage wohl bewußt zu sein, den Bestrebungen gegen die Beteiligung an den zurzeit stattfindenden Betriebsratswahlen entgegenzutreten und die gewerkschaftliche Tätigkeit nach Besserung ihrer rechtlichen und sozialen Lage nicht zu erschweren. Wie schon bemerkt, gewährt das Betriebsrätegesetz den Arbeitern nicht das, was es ihnen bieten sollte. In Artikel 165 der Reichsverfassung ist ausgeprochen, daß die Arbeiter und Angestellten dazu berufen sind, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Dazu sollen die Arbeiter und Angestellten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftszweigen gegliederten Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeiterrat erhalten.

Verwirklicht ist bis jetzt nur die Vertretung der

Arbeiter in den Betriebsräten und im Reichswirtschaftsrat. Die Schaffung von Bezirksarbeiterräten steht noch aus, und auch die den Betriebsräten zustehenden Rechte können für die Herbeiführung einer Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern nicht zureichend angesehen werden. Das ist zweifellos ein Mangel! Aber diese ungenügende und die Arbeiter mit Recht nicht befriedigende Form des Gesetzes kommt nicht von ungefähr, sondern hat ihren Grund zum sehr großen Teil in dem Verhalten der Arbeiter selbst. Das soll keinen Vorwurf bedeuten, denn für die Arbeiterschaft trifft das gleiche zu wie für die Unternehmer: Beide sind in ihrer geistigen Einstellung Produkte der sie umgebenden und auf sie einwirkenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Betrachten wir die Dinge ganz vorurteilslos, so stellt sich heraus, daß noch einen sehr großen, leider sogar noch einem zu großen Teil der Arbeiterschaft die notwendige politische und wirtschaftliche Basis fehlt, die für die Herbeiführung einer völligen wirtschaftlichen Gleichstellung mit den Unternehmern als notwendige Voraussetzung verlangt werden muß.

Damit ist nicht gesagt, daß das Unternehmertum durchgängig über eine die Arbeiterschaft wesentlich überragende Intelligenz und wirtschaftliche Reife verfügt. Das ist durchaus nicht der Fall! Wohl aber steht fest, daß die Unternehmer in der Wahrung ihrer Interessen viel einiger und geschlossener dastehen und bei der Durchsetzung dieser Interessen eine Einigkeit, Energie und Rücksichtslosigkeit in Anwendung bringen, die man bei der Masse der Arbeiter vergeblich sucht und die auch so leicht nicht herbeigeführt werden kann. Es besteht eben zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft ein gewaltiger Unterschied. Bei den Unternehmern handelt es sich nur um eine verhältnismäßig kleine Zahl von Personen, deren Interessen vor allem gegenüber den Arbeitern gleichgerichtet sind, wobei konfessionelle oder politische Differenzen belanglos sind. Die Unternehmer einer Industrie zum Zusammenschluß zu bringen, ist unter solchen Umständen nicht allzu schwer, wenn nicht anders, so durch den wirtschaftlichen Zwang, den die großen Unternehmungen ausüben und für ihre Zwecke nachdrücklich zu gebrauchen verstehen. Im Gegensatz dazu handelt es sich bei den Arbeitern um Millionen von Körpern, die konfessionell und politisch differenziert, nur durch das Mittel der Ueberredung oder des solidarisches Beispiels für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß gewonnen werden können. Hinzu kommt, daß unter diesen Massen sich zahlreiche Arbeiter befinden, deren geistige Beschränktheit und falsch gerichteter Egoismus die Heranziehung zur gewerkschaftlichen Mitarbeit außerordentlich erschwert. Den Beweis dafür können wir darin erblicken, daß es aller Agitationsarbeit der Gewerkschaften ungeachtet, bis jetzt nur möglich war, etwa 50 Proz. der Arbeiterschaft in die Gewerkschaften hineinzuziehen, während die großen Unternehmer fast reiflos organisiert sind.

Diese Verhältnisse erklären den starken Einfluß, den das Unternehmertum wirtschaftlich und politisch auszuüben imstande ist, an den der wirtschaftliche und politische Einfluß der Arbeiterschaft leider nicht heranreicht. Im gleichen Maße folgt daraus, warum wohl die Wünsche des Unternehmertums, nicht aber in gleicher Weise die der Arbeiterschaft von der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Wo die Unternehmer nur Wünsche auszuspochen brauchen, muß die Arbeiterschaft kämpfen! Was den Unternehmern mit Scheffeln zugemessen wird, erhalten die Arbeiter nur in Brocken! Darum allein sind die Gesetze, die den Arbeitern soziale Zustände schaffen, so voller Mängel und Lücken, daß sie niemals befriedigen. Dennoch wäre es die größte Torheit, wenn die Arbeiterschaft aus solchem Anlaß auf derartige Zustände ohne weiteres verzichtete und nicht den Versuch unternehmen wollte, sie zu erweitern. Sie muß diese Zustände annehmen, wenn auch nur als Abschlagszahlung, und versuchen, ihre Anwendung durchzusetzen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit aber ihre Ergänzung fordern. Das trifft auch für das Betriebsrätegesetz zu, weshalb seine Mängel die Arbeiter nicht

abschrecken dürfen, seine volle Durchsetzung zu erzwingen.

Der Kampf um das Betriebsrätegesetz und seine Durchführung ist der Kampf um die Beseitigung der gegenwärtigen Wirtschaftsform. In seiner jetzigen Fassung wird es sicher nicht die sozialpolitische Grundlage für die von den Arbeitern angestrebte neue Wirtschaftsordnung sein. Wohl aber ist mit seinem Zustandekommen der Weg beschriftet, der von der heutigen planlosen individuellen Erwerbswirtschaft mit ihrer ungerechten Bereicherung des einzelnen auf Kosten der Gesamtheit und ihrer Beherrschung der arbeitenden Massen durch eine kleine Minderheit zu einer planmäßigen Wirtschaft führt. Der Anfang dieses Weges ist beschriftet! Deshalb wird durch die Nichtbeachtung des Gesetzes oder durch seine Sabotierung nichts gebessert, sondern nur erreicht, daß der gleiche Anfang, wenn vielleicht in anderer Form später von neuem gemacht werden müßte. Aus diesem Grunde müssen sich die Kollegen und Kolleginnen an den Betriebsratswahlen beteiligen und die gewählten Betriebsräte müssen im Einzelnen mit den Gewerkschaften an seiner Durchführung sowie besseren Gestaltung tätig sein. M.

Panuropa, Genf und die Gewerkschaften.

Panuropa (Alleruropa) ist das Zauberwort, das viele Menschen unseres kleinen Erdteils zurzeit begeistert. Doch nicht als leere Phrase, denn Teile des großen Zieles der „Bereinigten Staaten von Europa“ sind schon heute als verwirklichungsfähig in den Vordergrund gerückt, wobei wir an die internationale Wirtschaftskonferenz erinnern wollen, deren Vorbereitungen eifrig getroffen werden. In dem vorbereitenden Komitee zu dieser Konferenz ist bekanntlich auch ein deutscher Gewerkschaftsvertreter, der Kollege Wilhelm Eggert, Sekretär des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes. Grund genug, daß die Arbeiterschaft sich mit diesem so hochaktuellen Problem beschäftigt. Und es liegt nichts näher, dies in dem Ausmaß zu tun, wo die Staatsmänner vieler Länder in Genf zusammenstehen, um den Völkern durch den Eintritt Deutschlands lebens- und aktionsfähig zu machen. Ein weiterer Abschnitt in der Geschichte der internationalen Organisation der Menschheit scheint seinen Anfang zu nehmen. Und hier als halbintereferierte Zuschauer zu gelten, darf nicht Aufgabe der modernen, organisierten Arbeiterklasse sein.

In wiefern ähnelt die gegenwärtige Situation der europäischen Zustände derjenigen unmittelbar vor dem Kriege. Die hochentwickelten Staaten befanden sich seinerzeit in einer dauernden Ueberproduktion. Die technischen Errungenschaften hatten die Produktionsfähigkeiten weit über das Maß der aufnahmefähigen Märkte hinaus gesteigert. Es rückte der Zeitpunkt nahe, wo die erzeugten Waren nicht untergebracht werden konnten. Im Mantel des Imperialismus gefolgt suchten die Industriestaaten nach Absatzgebieten, die man eventuell mit Gewalt zu erobern suchte. So wuchs der Krieg aus dieser Tatsache wie eine gewalttätige Lösung heraus. Ist es heute nicht ähnlich so? Besteht heute nicht noch eine größere Ueberproduktion, gewachsen auf dem Boden einer künstlich gesteigerten Produktionskraft und ob der gesunkenen Kaufkraft stärker ins Gewicht fallend als vor dem Kriege? Uns scheint, daß die Lage der internationalen Wirtschaft nicht wesentlich anders liegt als vor 12 Jahren. Nur hat man noch andere Mittel ins Auge gefaßt, als die Entscheidung in diesem unentwirrlichen Dilemma den Waffen zu überlassen. Ein Mittel, jenes Mißverhältnis von Kaufkraft und Produktionsfähigkeit auszugleichen, können und sollen die europäischen Staaten von Europa werden.

Wenn je das Wort von Karl Marx, daß Kriege Motive der Weltgeschichte sind, in vollstem Sinne zutrifft, dann auf den Weltkrieg bezüglich seiner Wirkung auf die internationale Organisation der Völker. Europa verlor durch ihn seine herrschende Stellung als Weltzentrum, und niemals wird diese Stellung zurückzuerobert sein. Die Weltwirtschaft beginnt sich durch den Krieg bestreunigt zu dezentralisieren. Es bilden sich Wirtschaftsbereiche heraus, die sich nach einheitlichen Gesichtspunkten gruppieren. In großen Umrissen wären folgende zu nennen: Nord- und Mittelamerika, um die Vereinigten Staaten, Ost- und Südostasien mit Japan als Mittelpunkt, Großbritische Weltwirtschaftsunion und die Russische Wirtschaftsunion. Uns letztes blieb Zwischen- oder Osteuropa, dessen Zusammenschluß als dringende Notwendigkeit erscheint, angelehnt der nachgelassenen Gruppen, die sich der Herrschaft Europas entziehen haben. Es mag in diesem Augenblick zweifelhaft sein, ob England den Plan, seine Dominanz durch Verträge, geschlossenes Zollsystem usw., näher an das Mutterland zu

ketten, verwirklichen kann. Die Entscheidung in der Moskauerfrage, die Verlängerung der Mandats Herrschaft über den Irak waren die letzten diplomatischen Erfolge, die England ertragen konnte. Sie bilden zugleich den Schlüsselstein einer jahrelangen systematischen Bemühung, den Landweg nach Indien mit dem Suezkanal als Schiffsfahrtsstraße unumschränkt zu beherrschen. Als Anschlußobjekt an eine europäische Wirtschaftsunion kommt England nur bedingt in Frage, das muß bei der Betrachtung des Problems Pan-europa im Auge behalten werden. Welche Welt bildet die Stabilisierung des Völkerbundes, wie sie zurzeit in Genf versucht wird, für England den Grund, sich von den europäischen Mächten zurückzuziehen, um sich desto stärker der Konsolidierung seiner allbritischen Wirtschaftsunion zu widmen.

Ein noch nicht übersehbares Problem bildet die All-russische Wirtschaftsunion. Die russische Politik der Jetztzeit dürfte sich wenig von der des Zarenismus in dem Bestreben unterscheiden, ein einheitliches Wirtschaftsunion bis zum Ostsee bis zum Schotischen Meer, vom Nordpol bis zum Südpol und Zentralasien auf- und auszubauen. Der Schwerpunkt der russischen Politik dürfte jedenfalls außerhalb Europas liegen. Das russische Wirtschaftsreich hat dem ersten das voraus, daß es zusammenhängt, obwohl es schwer sein dürfte, ein solches Ringschloß, das Länderstreifen von unermesslichem Ausmaß umschließt, zusammenzuhalten und wirtschaftlich als Einheit auszubauen. Auch Ausland kann, da es nur zu einem kleinen Teil in Europa liegt, ist, schwerlich als ein Bestandteil einer europäischen Wirtschaftsunion in Betracht gezogen werden.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika bilden den stärksten Beweis, wie grundlegend sich die Verhältnisse in der Welt geändert haben. Ehemals eine englische Kolonie, ist es jetzt das reichste Land der Erde. Vor dem Kriege an Europa verflochten, hat Nordamerika gegenwärtig ein Guthaben von 61,1 Milliarden Goldmark, währenddessen das europäische Festland mit insgesamt 73,3 Milliarden verschuldet ist. Die wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten des letzten Jahrzehnts ist ohne Beispiel. Ein sich selbst genügend reiches Land, das alle Rohstoffe, mit Ausnahme vielleicht von Kaffee und Kauchschutt, zur Verfügung hat. Ein überschüssiger Kapitalstock von mehr als 15 Milliarden Dollar sucht dort nach Anlage, während Europa an großem Kapitalmangel leidet. Eine hochentwickelte Industrie vermag alle Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Das Kernzentrum der Welt liegt heute nur noch zu einem Teil in Europa, in den Vereinigten Staaten dürfte sich der Schwerpunkt befinden. Dieser erdrückende Block von Macht und Reichtum hat der Idee der europäischen Wirtschaftsunion neue Nahrung gegeben.

Im engen Rahmen eines Zeitungsartikels ist es nicht möglich, die anderen überseeischen Probleme auch nur zu streifen. In Ostasien erwarb in Japan eine entschlossene Wirtschaftsmacht, durchaus in der Lage, einen Teil des asiatischen, indischen und australischen Marktes zu erobern. Gewaltige Gebiete wie China, die der Erziehung harren, stehen der japanischen Großmacht am ehesten offen. Die Industrialisierung der Rohstoffländer außerhalb Europas ist ein überiges, um die Hegemonie unseres kleinen Erdteils zu erschüttern. Die Maschine, dieses geniale Mittel der technischen Revolution, hat als Exportartikel den Boden vorbereitet, der zur Selbstständigkeit der Staaten und Erdteile führte. Mittels der Maschine erschütterten sie die Herrschaft der ehemaligen Mutterländer. Hieraus ergibt sich nicht minder, daß die alte Welt in dem Maße wie ihre außereuropäische Tätigkeit schwindet, sich in ihrem Innern zusammenzusenken muß.

Nun zu Europa selbst. Als nordwestliche Spitze Afrikas ein von Gebirgen zerstücktes und von zahlreichen Staaten zerklüftetes Stück Erde. Dieses wird für die sich rasch vermehrende Bevölkerung zu klein. Je mehr die Möglichkeit an schwindet, den überschüssigen Teil der Bevölkerung an andere Länder abzugeben, je mehr muß Europa den Versuch machen, sich selbst als Einheit umzugestalten. Das Bestreben, die eigene Enge der einzelnen Staaten zu überwinden, führte, wie wir gesehen haben, zum Kriege, nicht mit Völkern anderer Erdteile, sondern mit europäischen Nachbarn. Durch die innere Selbstzerfleischung wurde jener Prozeß der Lösung aus der europäischen Interessensphäre gefördert.

Als selbstverfügendes Rohstoffgebiet verfügt Pan-europa über genügend Kohle, Eisenerz und Kaffee. Chemische Produkte vermag es ebenfalls genügend hervorzubringen, um sich selbst zu versorgen. Es fehlt nur Baumwolle, wenn es nicht gelingt, Nordafrika in das europäische Wirtschaftsgebiet einzubeziehen. Ferner erlangte Wolle, Kupfer, Kauchschutt, Öl und anderes. Die landwirtschaftliche Selbstversorgung könnte erreicht werden, wenn es gelänge, die Landwirtschaft zu intensivieren und alle Hilfsmittel der Technik heranzuziehen. Doch die fehlenden Produkte könnten leicht durch die Ausfuhr überschüssiger Produkte beschafft werden. Was Europa in reichlichem Maße besitzt, das sind Menschen. Die Einwohnerzahl Europas wird auf insgesamt 450 Millionen geschätzt, ein ungeheures Reservoir arbeitsfähiger Menschenmassen. Die Arbeitskraft dieser Massen zu mobilisieren, bildet das schwierigste Problem. Sie stellt aber auch eine große Kraftquelle dar, wenn es gelingt, sie in einem einheitlich organisierten Produktionsprozeß wirksam werden zu lassen. Dazu bedarf es einer überstaatlichen Arbeitsstellung in größtem Maßstabe. Soll diese durchgeführt werden, dann muß der vollständige Uebersehung der Produktionsstätten ein Ende gemacht werden. In den meisten Staaten müssen Fabrikgebäude der Verschrottung überliefert werden, weil es unmöglich ist, eine so große Anzahl unrentabler Betriebe durchzuschleppen. Selbstverständlich müssen die Grenzen für Waren und Menschen frei geöffnet werden. Organisation, Arbeitsstellung und Nationalisierung sind die Säuberer, die ein vereinigtes Europa in die Wirklichkeit umzusetzen hätte. Gewaltige Probleme gewiß, aber doch nicht unmöglich und nicht zu übergehen, wenn die Idee eines Pan-europa diskutiert wird.

Praktische Vorarbeit leistet die Großindustrie durch ihre internationale Kartellierung. Hier sind jetzt schon große Fortschritte zu verzeichnen. Wir erinnern an das internationale Gütertransportkartell, an die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Rüstindustrie. Die Bildung von internationalen Kartellen in Rohren, Draht, Schienen usw. stehen zur Verhandlung und teilweise der Verwirklichung nahe. Ein internationales Rohstoffkartell wird lebhaft diskutiert. Die Verschmelzungsbestrebungen der Großindus-

trie Mittel-europas bilden schon seit langem den Gegenstand ununterbrochener Verhandlungen. Nur in einem engen Zusammenhang der deutschen, französischen und belgisch-luxemburgischen Schwerindustrie wird jenes einheitliche Wirtschaftsgebilde hergestellt, das, auf Kohle und Erz aus eigenen Gruben gestützt, das mächtigste der Welt werden kann. Das ist die praktische Vorarbeit zur Bildung eines wirtschaftlichen Europas, die in verhältnismäßig kurzer Zeit von der Industrie geleistet wurde.

Von diesem großen Rahmen aus gehen blicken wir nun nach Oest, wo die Staatsmänner versammelt sind, um einen politischen Bund der Völker zu schaffen. In der Tat bildet ein enger Zusammenschluß und eine innere Konsolidierung des Völkerbundes die Voraussetzung für alles das, was wir oben als möglich hinstellten. Möge es gelingen, die feindlichen Zänkeren um neue Rastplätze und anderes vor dem großen Ziel zurücktreten zu lassen. Die Völker Europas haben politische Ruhe nötig, die mit einer weitgehenden Verständigung auf allen Gebieten einhergehen muß. Wenn schon die Zollgrenzen fallen sollen, dann darf nicht kleinliche Rechtsaberei die politische Vereinigung verhindern. Die Verhandlungen in Genf mögen ausgehen wie sie wollen, der Gedanke eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der europäischen Völker darf unter keinen Umständen darunter leiden.

Und hier kommen wir auf die Rolle, die die Gewerkschaften in den weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Fragen zu spielen berufen sind. Es bedarf u. E. keiner Begründung, daß die Gewerkschaften aufrichtige Befürworter eines einzigen Europas sind. Sie fördern alle Bestrebungen, die zu diesem Ziele führen. Die Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf diesem Gebiete ist bekannt. Die deutschen Gewerkschaften unterstützen ebenfalls alles, was in diesem Rahmen liegt. Sie nehmen sogar aktiv daran teil, was in der bereits erwähnten Teilnahme des Kollegen Eggert an der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz bemerkt wird. So groß die Ziele sind, so gewaltig sind die Aufgaben, die den Gewerkschaften zur Erledigung überlassen werden. Es ist deshalb notwendig, daß sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten aller europäischen Länder mit dem vielseitigen Problem eines vereinigten wirtschaftlichen Europa beschäftigen und ihren ganzen Idealismus für dieses Ziel einsetzen.

Ein Wort an die Jugend.

Einst gab es eine von Gelehrten aufgerichtete, dünne Arbeiterfront, die mutvoll in Sturm und Drang die Rebellion aufnahm gegen die „heilige Ordnung“ und den Arbeitern die Wege bahnte zur wahren Erkenntnis der gesellschaftlichen Zustände und der Wirtschafts-zusammenhänge. Dem Unternehmertum und aller Polizeigewalt zum Trotz schufen sie mit Mühe und Schwelgerei gesellschaftliche Organisationen, die den Arbeitern Erleichterung bringen sollten aus bedingungsloser Ironie, sie erheben sollten zu gleichberechtigter Wirtschaftsmacht auf dem großen Felde der Arbeit. Und auf politischem Gebiete wirkten sie in gleicher Weise bahnbrechend.

Das waren unsere Väter. Die meisten von ihnen dacht heute die tühle Erde. Doch die Saat ist aufgegangen, eine neue Generation hat das heilige Erbe übernommen und sucht in Millionenstärke fortzusetzen, was die Väter begonnen. Und als neuer Faktor auf dem großen Gebiete der Arbeiterbewegung ist nun die Jugendbewegung entstanden, geknüpft und gefördert von den Vätern und Jüngeren. Die Jungen sollen das Werk vollenden, das die Väter begonnen und die Jüngeren fortgeführt haben. Und da es heißt, der Jugend gehört die Zukunft, ihr falle die historische Aufgabe zu, das heilige Vermächtnis der Väter zu verwirklichen, so gestaltet mir einige Worte an die proletarische Jugend.

Ich gehöre nun auch bald zu den Vätern. Aber ich lebe gern mit der Jugend und luche ihr Neustreben zu verstehen, ihre Sitten zu begreifen, ihren Geist zu erfassen. Ich freue mich, wenn ich unsere Jugend sehe, darzuhaft in Anzügen, ohne im Dirndelkleid mit bunten Blumen im Haar, den Rückack auf dem Rücken, die Zuspige im Arm, hinausstrebend bei frohem Wiederlang ins Weite, dorthin, wo die Freiheit thronet auf hohen Bergen, in grünen Wäldern, an blauen Seen. Das erfreut leben, der nicht ein alter Griesgram ist und im jugendfrischen, oftmals übermütigen Tun so etwas wie „Sünde“ erblickt, nicht gedenkend des jungen Frohsinns, der auch ihn einst erfüllte, als er noch nicht ein lauerpflücker Griesbart war und mit lustigen Augen in die Welt schaute.

Also ich freue mich über unsere Jugend. Und doch hege ich einige Bedenken. Ja, ganz gewiß, ihr baldigt dem Frohsinn und eurer Jugend. Ihr wandert Sonntags singend hinaus ins Freie. Ihr turnt oder spielt Fußball. Ihr verurteilt den Alkoholgenuss. Andere von euch schwärmen für Naturreize, manche für den Vegetarismus. Und wieder andere erheben sich in löblichem Gedankenflug bis zu den Wolken empor und sprechen vom Volkstum und von Hochkultur. Andere wieder verorten sich in die Kunst, alle in die Wissenschaft.

Nun ja — ins Freie wandern und dabei singen, das ist gesund und spült den Wertelagsstaub von den Lungen. Turnen und Fußballspiel stärken die Muskeln und erhalten den Körper geschmeidig. Das ihr den Alkoholgenuss bekämpft, ist lobenswert. Auch die Naturreize enthält viel des Wahren, doch hütet euch dabei vor zu großer Einseitigkeit. Etwas anders liegt es beim Vegetarismus. Ganz gewiß ist übermäßiger Fleischgenuss schädlich, aber der Protektariat kann — weil der Krüppel beim Hünne liegt — dieser Verlockung nicht erliegen. Und wenn alle Vegetarier sein wollten, dann stände es winzig um den Genuss von Milch, Butter und Eiern, die ja aus naheliegenden Gründen auch Gnade beim Vegetarier finden, sie würden der überaus starken Nachfrage wegen unerreichbar, zumal ja das verblüffende Moment der Fleischwertung der Kinder und Jünger fortfiel. Doch weiter: Neben sollt ihr auch, die Macht der Rede voll guten Inhalts wirkt immer wieder aufstrebend und aufsteigend. Und Kunstfreude ist gut, und vor der Wissenschaft, diesem gewaltigen Wissensbrecher des Fortschritts und der Kultur, sollen wir uns stets in Demut verneigen.

Demnach wären wir ungefähr einig. Doch nun kommt das, was ich bei — oder vielleicht wegen — dieser Weltseitigkeit an euch zu beunruhigen habe. Ich habe oft das Empfinden, daß ihr in lauffähiger Höhe ein Dach bauen wollt,

fähig und buntbewimpelt, aber dabei die Waucrn vergeht, obwohl das Fundament bereits gelegt ist. Ich vermisste bei den meisten von euch die begeisterte Anteilnahme an der so notwendigen praktischen Arbeit in der Arbeiterbewegung. Und die ist bitter notwendig, obwohl sie sich recht prächtig und nüchtern ausnimmt. Was gehört zur praktischen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung? Da ist zunächst der Versammlungsbefuch. Ihr lieben Freunde von der Jugend, in politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen seid ihr zu wenig vertreten! Und doch werden darin Dinge erörtert, nützlich und unersehbar für den, der die Bewegung vorwärts treiben soll, langweilig und nüchtern für jene, denen schon Sport, Spiel und schöngelotes Streben volle Befriedigung gewähren. Der erstere wird ein Kämpfer, die letzteren werden bestensfalls gutmeinende Schwärmer und Mittäufel.

Doch weiter: Es ist heute noch so nötig wie früher, in kleinen Kreise oder in Zahlhabenden die Anknüpfung der Bewegung zu üben, die praktische Arbeit für die Arbeiterbewegung vorzubereiten und dann zu vollbringen. Da gilt es beispielsweise, Flugblätter zu verbreiten oder Wohnnetzen für die Arbeiterpreise zu gewinnen. Alle graubare Genossen bewältigen diese Arbeit treppauf, treppab — auch Jugendgenossen sieht man selten weder in solchen Zusammenkünften noch bei dieser Kleinarbeit. Den meisten von euch stehen Spiel und Sport höher. Kurz und gut — oder vielmehr schlecht — ich vermisste unsere jugendlichen Genossen bei der so bringenden notwendigen praktischen Arbeit für unsere Bewegung!

Und das verstehe ich nicht recht. Auch wenn ich manches eurer Jugend als Gado gutreche, so bleibe dennoch ein bedenkliches Manf. übrig. Ich denke zurück an meine Jugendzeit. Die Versäumnis auch nur einer Versammlung wäre mir als Frevel erschienen. Da mußten Gesang und Wanderpost, die ich gar zu gern pflegte, zurückstehen. Und wenn es galt, Flugblätter hinauszutragen, dann ging es schon im Morgengrauen hinaus aufs Land und am späten Abend lehrte ich zurück. Und so handelten wir Jungen damals alle. Mit heller Begeisterung stellten wir uns in den Dienst der Sache. Und das ist es, was ich heute so schmerzlich bei der Jugend vermisste. Ihr baut das Dach, begehrte euch für andere, wenn auch nützliche Dinge, dem Unterbau zeigt ihr die kalte Schulter. Das erscheint euch zu trist. Uebrig bleibt schließlich der zünftige Sozialismus, der für die Arbeiterbewegung höchstens hochmögliche Duldung und wohlmeinende Sympathie, nie aber Begeisterung hat. Diese hohe, belebende Kraft aber ist nötig, um unsere große Sache vorwärts zu treiben!

Darum sage ich: Schön ist es, wenn ihr eure Minuten im Sinne der Jugend feiert. Aber darüber muß stehen leuchtend als erstes das Streben für die Gewerkschaft und die allgemeinen Ziele der Arbeiterbewegung. Nicht die jüngsten von euch fordere ich zu dieser Tätigkeit auf, sondern die, die sich den reiferen Sänglingsjahren nähern. Nehmt in euch auf den Sozialismus, das Wesen der Gewerkschaftsbewegung. In keiner Versammlung dürft ihr fehlen, weniger als Lehrende, weit mehr als aufmerksame Zuhörer und Lernende. Und ihr müßt euch zur Kleinarbeit bequemen. Denn die Väter sterben aus, und wehe euch, wenn diese so überaus wichtige Kleinarbeit jemals vernachlässigt würde! Dann stände die Bewegung still, sie ginge zurück. Wir aber brauchen die Massenbewegung, sonst bleibt das Ziel unerreichbar.

Ihr Jungen, ihr seid die Zukunft der Arbeiterbewegung! Damit fällt euch eine schwere Verantwortung zu. Ihr sollt vollenden, was die Väter begonnen. Spielt, scherzt, singt, seid frohen Mutes, aber vergeht das Fundament der Bewegung nicht. Sonst nützt euch der trainierte Körper und alle angelernte Schöngelerei nichts; ihr bleibt Sklaven der Mächtigen. Darum an die Arbeit für unsere hohen Ziele! Wir Älteren werden euch dabei gern mit Rat und Tat zu Seite stehen und erst dann die Hände in den Schoß legen, wenn Alter oder Tod von uns den Tribut fordern!

Einer von den Älteren.

Wichtiges Gewerbegerichts Urteil für Betriebsräte.

Ein äußerst letzter Fall, wie die Unternehmerrschaft in immer fröhlicher Weise gegen die Betriebsräte vorgeht, die die Interessen ihrer Auftraggeber nach den gesetzlichen Bestimmungen pflichtgemäß wahrnehmen, spielte sich in einer Verhandlung vor dem Leipziger Gewerbegericht ab. Der Betriebsratsvorsitzende einer Buchdruckerei in der Oststraße, dem die Firma bereits zweifach vergeblich zu kündigen versucht hat, war infolge Krankheit fristlos entlassen worden und klagte auf Fortzahlung des Lohnes vor dem Gewerbegericht. Die beklagte Firma berief sich vor dem Gewerbegericht darauf, daß am 4. Dezember 1925, am Tage des Zuges ihres Kündigungsbescheides, der Kläger noch krank gewesen und daher § 123, Ziffer 8 der Reichsgewerbeordnung anwendbar sei. Der gekündigte Betriebsratsvorsitzende bestritt dieses. Er sei am 4. Dezember 1925 wieder arbeitsfähig gewesen und habe seine Dienste bereits am 28. November für den 30. November 1925 der Firma zur Verfügung gestellt. Nur auf Veranlassung und mit Zustimmung des Buchdruckereifaktors G. habe er mit der Aufnahme der Arbeit gemarkt. Er habe seinen unmittelbaren Vorgesetzten G. am 28. November aufgeleht, um ihn von seinem Willen, die Arbeit wieder aufzunehmen, in Kenntnis zu setzen. Von dem ihn behandelnden Arzt habe er die Genehmigung erhalten, am 30. November wieder mit der Arbeit zu beginnen. Bei der Unterredung am 28. November habe der Buchdruckereifaktor dem Kläger erklärt, es dränge mit der Arbeit nicht so, es käme nicht darauf an, ob er noch 8 bis 14 Tage von der Arbeit fernbleibe. Der klagende Betriebsratsvorsitzende ließ sich wegen des Todes seiner Mutter betrauern. Die beklagte Firma bestritt das alles. Richtig sei nur, daß der Kläger bei G. vorgeprochen habe, der aber nicht berechtigt sei, Leute einzustellen oder zu entlassen. Der Kläger hebt zur Unterstüzung seiner Darstellung des Vorganges vom 28. November noch hervor, daß infolge des Gesprächs mit dem Buchdruckereifaktor er sich zu dem ihm behandelnden Arzt begeben habe und ihm den Sachverhalt dargelegt und ihn gebeten habe, ihn mit Rücksicht darauf, noch eine weitere Woche, bis zum 5. Dezember, krankzuschreiben. Der Arzt habe dem Ersuchen entsprochen.

In der Begründung des Urteils wird gesagt, daß die Kündigung seitens der Beklagten, die dem Kläger am 4. Dezember 1925 zuging, unwirksam bei fehlender Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder der Betriebsvertretung war. Das versteht auch die Beklagte nicht. Sie nimmt aber für sich die Befreiungsvorschrift im § 98, Absatz 2, Ziffer 3 des Betriebsrätegesetzes in Anspruch; Unfähigkeit des Arbeiters zur Fortsetzung der Arbeit berechtigt den Arbeitgeber zur Entlassung vor Ablauf der vertragsmäßigen Frist und ohne Aufkündigung (§ 123, Ziffer 8, R.O.D.). Dadurch wird das Erfordernis der Bestimmung der Betriebsvertretung zur wirksamen Kündigung beseitigt. Die Kündigung als eine empfangsbedürftige Willenserklärung muß aber dem Arbeiter noch zur Zeit der Arbeitsunfähigkeit zugehen. Eine längere Krankheit, wie im vorliegenden Falle, fällt unvertreten unter § 123, Ziffer 8 der R.O.D. Als die Entlassungserklärung dem Kläger aber am 4. Dezember 1925 zuging, war der Kläger zur Fortsetzung der Arbeit bereits wieder fähig. Sonach ist die Vorschrift des § 123, Absatz 1, Ziffer 8 der R.O.D. unanwendbar.

Der Buchdruckereifaktor habe in gewissem Sinne die rechtliche Stellung einer Art Handlungsbevollmächtigten (Gibt doch der Buchdruckereifaktor als Zeuge zu, daß er in Dringlichkeitsfällen bei besonderen Umständen — und hier lag der Todesfall der Mutter des Klägers vor — selbst Urlaub erteilt habe) Mag der Zeuge aber tatsächlich in diesem Falle nicht die Befugnis gehabt haben, dem Kläger aus eigener Vollmacht den Beginn der Aufnahme der Arbeit auf 8 bis 14 Tage später zu bestimmen, so hat die von ihm abgegebene Erklärung Wirksamkeit erhalten durch die Genehmigung des technischen Direktors und Vorstandsmitgliedes. Das hat der Zeuge selbst bezeugt. Das Verhalten des Vorstandsmitgliedes B. war nach den Umständen nicht anders als eine Zustimmung aufzufassen, nachdem der Faktor O. ihn von der dem Kläger gemachten Erklärung in Kenntnis gesetzt hatte. Für die Zustimmung war auch O. der richtige Adressat (§ 182, Abs. 1, B.O.B.). Die Genehmigung wirkt nach der Regel des § 184, Abs. 1, B.O.B. zurück auf den 28. November 1925. Sonach war rechtlich am 28. November 1925 in für die Beklagte verbindlicher Weise dem Kläger die Zustimmung gegeben worden, binnen acht oder vierzehn Tagen nach dem 28. November 1925 mit der Arbeit zu beginnen. Diese bindende Zusage konnte die Beklagte in dieser Zeit nicht wieder einseitig zurücknehmen. Beide Teile waren daran gebunden. Aber auch der Kläger konnte eine Annahme der Dienste und die hier geforderte Zahlung nach Vergütung nicht vor Ablauf der von der Beklagten bis zu 14 Tagen bestimmten Frist verlangen. Sonach war die Kündigung der Beklagten vertragswidrig und unwirksam (§ 123, Ziffer 8, R.O.D. ist aus den beiden angegebenen Gründen unanwendbar. Der Anspruch des Klägers auf Fortzahlung der Vergütung für die Zeit vom 12. Dezember 1925 ist begründet.

Obwohl es dem Betriebsratsvorsitzenden abermals möglich war, sich vor brutaler Unternehmervöllerei zu schützen, und die Firma auf Grund des Gewerbergerichtsurteils geneigt war, ihn weiter zu beschäftigen, so zeigt doch dieses Beispiel, wie notwendig die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Betriebsräte einer Reform unterzogen werden müssen.

Die „ge. be Schmiere“.

Aus Leipzig müssen wir diesmal von einer gelben Sumpfpflanze berichten, die mit ihren überreichenden Wüsten die frische Luft dort veräusert. Sie ist zwar noch klein und quält sich mühsam, am hochzukommen; denn das helle, freundliche Licht unserer Leipziger Organisation ist ihrem Wachstum nicht förderlich, sie kann nur recht im Dunkel unter der Obhut der Unternehmer gedeihen. Aber immerhin, sie ist da und wir wollen sie recht beleuchten, damit sie bald eingeht, ehe das Gift ihrer Ausdünstung größeren Schaden anrichtet.

Bei der bekannten Firma Scheller und Wieseler hat sich eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft gebildet, die von den dortigen Berufsangehörigen „gelbe Schmiere“ genannt wird. Diese Gründung der „nationalen“ Wertgemeinschaft ist ausgerechnet vor den Betriebsratswahlen vorgenommen worden, damit die Firma eine würdige Vertretung in den Betriebsrat bekommt. In einer Betriebsversammlung am 10. März hat sich die Belegschaft dieser Firma mit den Zuständen in diesem feinen Betrieb beschäftigt. Der Betriebsvorsitzende, Kollege Röder, gab den Verammelten die notwendige Aufklärung über diese Streikbrecherorganisation.

Die Arbeitsgemeinschaft Scheller und Wieseler behauptet ihr Ziel zu haben in einem engen gemeinschaftlichen Zusammenarbeiten der gesamten Belegschaft unter sich und mit den Unternehmern zum Wohle des Handels und der Wirtschaft und im Interesse jedes einzelnen im Betriebe. Weiter behauptet die Arbeitsgemeinschaft, erwirken zu wollen, daß gerecht und gleichmäßig jeder einzelne Arbeiter behandelt wird und damit Gemeinschaftsgeist in die gesamte Belegschaft getragen werden soll. Zu diesen heuchlerischen Behauptungen muß jedoch hinzugefügt werden, daß diese Arbeitsgemeinschaft von Streikbrechern der Firma gebildet wird, die lediglich die Diktate der Firma Scheller und Wieseler, Spiegel des großen Arbeiterfreundes Fritz Wieseler, ausführen und sich bisher nicht selten sogar zu Spielballen in den Händen haben. Die Firma hat durch den am 10. März zirkulierten Aufruf die Belegschaft gewarnt, die heutige Betriebsversammlung zu besuchen. Also schon aus dieser Maßnahme kann ersehen werden, wohin die Reise gehen soll. Die wirkliche Absicht der Arbeitsgemeinschaft Scheller und Wieseler, die nichts anderes als die geschlossene Arbeiterchaft auseinanderzureißen, weil die Firma wahrscheinlich gefühlt hat, daß eine geschlossene Belegschaft mit Heiligkeit alle Forderungen und Ziele ertönen und einen noch so kapitalkräftigen Unternehmer an die Wand drücken kann. Und gerade diesen Umstand, die geschlossene Macht, will der Unternehmer beseitigen und nur mit jedem einzelnen Arbeiter verhandeln und Tarife abschließen. Alle Kollegen und Kolleginnen werden dringend ermahnt, hier die Augen aufzuhalten und nicht in eine solche Falle zu geben.

Die Verammelten wurden ermahnt, bei der Betriebsratswahl auf der Hut zu sein. Wenn die gelbe Schmiere bei einer Betriebsratswahl durchkommen sollte, werden schwer erämpfte Fortschritte, Erfindungsbesserungen und in jahrelangem Streik erreichte Ziele der Rechtlosigkeit der Vortriebszeit Blak machen.

Nach dem Kollegen Röder sprach der Gauleiter der Buchdrucker, Kollege Hesselbarth, und zum Schluß forderte Kollege Beyer die Verammelten auf, in ihrem eigenen Interesse als freie Arbeiter ihre Pflicht bei der Betriebsratswahl zu erfüllen.

Die Firma Scheller und Wieseler wird nicht viel Freude mit ihrer Ausreißerkolonie erleben. Das graphische Gewerbe mit seiner fest organisierten Arbeiterchaft ist kein Boden, auf dem gelbe Geckel gezeiten können. Doch die Firma weiß das wahrheitsgemäß besser und will erst, wie schon so oft, durch Schaden klug werden. Die Geschäftsinsider sind nicht zu beharren, obwohl sie erfahrungsgemäß wissen könnten, daß jeder Schlag gegen die Arbeiter nicht nur pariert, sondern doppelt zurückgegeben wurde. Immerhin dürfen unsere Kollegen die Gefahr nicht unterschätzen, sie müssen konsequent und nötigenfalls rücksichtslos mit diesem Unternehmerrückgebilde aufräumen.

Kein Märchen!

Es war einmal ein Mann, der lange seinem „Herrn“ gedient hatte. So treu und redlich, wie nur ein „gewöhnlicher“ Mensch zu dienen gemöhnt ist. Der Mann war lüchlig und fleißig dazu und das Unternehmen des „Herrn“ wuchs mit seiner Hilfe und gab glänzenden Gewinn.

So ging es Jahrzehnte fort. Der brave Mann stand Tag für Tag an seinem Arbeitsplatz, hatte nie einen Tag Versäumnis, weder durch Krankheit noch durch Ansprüche privater Art. Ein Muster von Pünktlichkeit und solider Lebensführung.

Und so wurden es 50 lange Jahre, da er in dem Hause ein- und ausging; immer den gleichen Weg — vor der Wohnung zum Geschäft, vom Geschäft zur Wohnung. Vom 14. bis 64. Jahre, bis er grau geworden war. So konnte er das 50jährige Berufs- und Geschäftsjubiläum zu gleicher Zeit feiern. Bald danach saßte den stets Gesunden eine tüchtige Krankheit und entführte ihn in weniger denn einer Woche in das Reich des Schattens.

Der „Herr“ war erschüttert. Weniger über das Hinscheiden des treuen Mannes an sich, als über die Störung im Betrieb. Und daß durch das Begräbnis Arbeitsstunden veräußert wurden. Doch blieb „Er“ torrett und zahlte für die letzte Woche an die Witwe 4 Tage 3/4 Stunden Arbeitslohn aus, da der Lebensgefahr am Freitag krank geworden war, also die Woche nicht voll gearbeitet hatte. Für den Mann, der 50 lange Jahre seine Kräfte für ihn genützt hatte.

Da der „Herr“ nicht am Geld gestorben ist, lebt er heute noch — ja er rechnet sich zu der „besseren Gesellschaft“.

Warum wir diese Geschichte erzählen, fragst du lieber Leser. Weil der „Herr“ ein Buchdruckereifänger in Wiesbaden ist und die Witwe des Verstorbenen, der Seher war, legt eine Sammlung unter dem Personal für den notleidenden Prinzipal veranstaltet.

Konferenz der Zahlstellenleiter im Gau 10.

Sonntag den 28. Februar, waren die Leiter der größeren Zahlstellen des Gaus 10 zu einer Konferenz in Hamburg zusammen. Erschienen waren die Vertreter der Orte Bremerhaven, Bremen, Harburg, Lübeck, Schwerin, Rostock, Kiel, Flensburg und Hamburg und ebenfalls der gelamte Gauvorsitzende. Die Konferenz beschäftigte sich besonders mit der tariflichen Lage im Buchdruck, doch standen noch weitere Fragen zur Verhandlung.

Kollege Bohje gab den Bericht über den Stand unserer tariflichen Lage im Buchdruck. Er ging auf die Kündigung des Tarifs ein und betonte besonders den Willen der Prinzipale, vom Tarif des Buchdrucks loszukommen. Einen kleinen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung unseres Tarifs und der früheren „allgemeinen Bestimmungen“ einschließlich, berichtete Kollege Bohje über die Verhandlungen, die in den letzten Wochen mit den Prinzipalen geführt worden sind.

Die Diskussion war recht lebhaft. Der ausgesprochene Wille der Zahlstellenleiter fand seinen Ausdruck in einer vom Kollegen Pünjer-Bremen eingereichten Resolution, in der es heißt:

„Der Schiedspruch in seiner vollen Bedeutung würdigend, sprechen die Verammelten der Verbandsteilung für das unter so schwierigen Umständen Erreichte ihren Dank und ihre Anerkennung aus. In Anbetracht der unveränderten Tarifgenossenschaft der Unternehmer verpflichteten sich die Zahlstellenleiter, den Gedanken des Tarifrechts bei der Mitgliedschaft zu fördern, die Gesamtorganisation in jeder Hinsicht zu festigen, und somit stete Kampfbereitschaft zu wahren.“

Ueber einen weiteren Tagesordnungspunkt „Agitation im Gau“ entwickelte sich ebenfalls eine lebhaftige Aussprache. Vor allen Dingen wurde ausgesprochen, daß auch in den Versammlungen der kleineren Zahlstellen aufklärende Vorträge für die Kollegenchaft zum Verständnis der Gewerkschaftsarbeit gehalten werden müssen. Ebenso soll in Zukunft in den Zahlstellen auf unsere Verbandsteilung „Solidarität“ mehr hingewiesen werden. Das kann in den Versammlungen und in den Betrieben sehr gut geschehen. Es wurde der Wunsch betundet, das Mittelunabstalt der Hamburger Zahlstelle an alle Mitglieder im Gau gelangen zu lassen. Damit wird sich der Gauvorsitzende noch befassen.

Beim nächsten Punkt „Organisation in den Zahlstellen“ wurde besonders das mittlere Verhältnis in der Zusammenfassung der Vorstände und die Kasfierung der Beiträge besprochen. Auch hier herrschte Einmütigkeit darüber, daß in Zukunft alles ausgebildet werden muß, Vorstände in den einzelnen Orten zu schaffen, die arbeitsfähig sind. Ebenso muß auf eine gute Kasfierung hingearbeitet werden. Unterstützung wurde auch vom Gauvorsitzenden und dem Gauleiter zugesagt.

Da diese Zahlstellenleiterkonferenz zugleich auch Fragen der inneren Arbeit des Gaus erledigt hat, soll der Gauvorsitzende noch nicht stattfinden, es soll der Gauleiter überlassen werden, zur nötigen Zeit im Laufe dieses Jahres den Gauvorsitzenden einzuberufen. Die Konferenz hatte damit ihre Arbeiten erledigt. Kollege Bohje stellte fest, daß auch in dieser Zusammenkunft für die Kollegenchaft des Gaus wichtige und

nuzbringende Arbeit geleistet worden sei und wünschte, daß nunmehr die Kollegenchaft im Gau ihre Schuldigkeit tue zum Nutzen des ganzen Verbandes.

Aus den Zahlstellen.

Hamburg. Eine außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung fand am 1. März bei West, Felsenbinderhof, statt. Die Versammlung beschäftigte sich mit der tariflichen Lage im Buchdruck. Der Kollege Bohje berichtete ausführlich über alle Vorgänge. Dann legte eine äußerst lebhaftige Aussprache ein, an der sich die Kollegen Zeja, Judd, Gäbler, Schäler, Wenzel und Hoym beteiligten. Aus allen Ausführungen ging hervor, daß die Kollegenchaft nicht geneigt ist, sich auch nur den kleinsten Abbau gefallen zu lassen. Betont wurde immer wieder, daß die Meinung der Prinzipale, das Hilfspersonal der Druckereien stände zu hoch im Lohn, eine irrigte Idee. Das Unternehmertum im Druckgewerbe arbeite bewußt darauf hin, die Hilfsarbeiterchaft im graphischen Gewerbe als eine Gruppe von Arbeitern und Arbeiterinnen hinzustellen, die außergewöhnlich hoch im Lohn stände. Sie beweise damit, andere Gruppen und Behörden gegen die Hilfsarbeiterchaft aufzuwecken. Aber noch ständen die Löhne der Hilfsarbeiterchaft im graphischen Gewerbe in keinem richtigen Verhältnis zu den allgemein notwendigen Bedürfnissen. Hinzu kämen die großen Abgaben an Steuern usw. Die Hilfsarbeiterchaft werde ebenfalls die Auslastung der Prinzipale, daß sie durch jeden Hergelaufenen ersetzt werden könne, ganz energisch zurück. Solche und ähnliche Ausstellungen der Unternehmer beweisen eine große Unkenntnis über die Arbeit der Hilfsarbeiter und können nur von Leuten ausgesprochen werden, die keine oder nur geringe Kenntnis von einem Druckbetriebe haben. Die Hilfsarbeiterchaft spricht solchen Leuten das Recht ab, über ihre Arbeitsverhältnisse zu beraten und zu beschließen. Die Kampfmaßnahmen wurden gutgeheißen, doch war Kollege Gäbler mit diesen nicht ganz einverstanden. Er wünschte eine Kampfanfrage auf breiter Basis und zu jeder Zeit. Gäbler meinte, es müsse selbst bei niedrigerer Konjunktur nicht nur zur Abwehr gegriffen, sondern zum angreifenden Kampf übergegangen werden. Kollege Wenzel wollte von Zufriedenheit über den jetzigen Bestand des Tarifs nichts wissen, er meinte, wir mühten auch jetzt Verbesserungen in den Tarif hineinbringen können. Die Aussprache zeigte den festen Willen der Kollegenchaft, dem Unternehmertum die Stirne zu bieten, dem Verbanne aber in Treue bei jeder notwendigen Aktion auf das Beste zu unterstützen. Kollege Bohje machte in seinem Schlußwort einige Richtigstellungen. Dann gab Kollege Strömer noch einige kurze Mitteilungen über das am ersten Osterfeiertage im Gemeinshaus stattfindende Stützungsfest und Kollege Danigel sprach den Wunsch aus, die Versammlungen künftig in größeren Votalen abzuhalten.

Leipzig. Am Sonnabend, den 6. März 1926, fand hier die Gründungsfeier der Jugendgruppe für unsere Zahlstelle statt. Trotz des stürmischen Wetters hatten sich circa 30 Jugendliche eingefunden, die an der Feier teilnahmen. Die Musikgruppen der Buchdrucker- und Buchbinderjugend hatten das Fest verschönert. Auch der Jugendleiter von den Lithographen und Steinbruckern erfreute durch Vorlesung von heiteren Notationen die Teilnehmer. In kurzen markanten Worten sprach Kollege Grünthal über den Nutzen und Zweck der Jugendgruppen innerhalb der Gewerkschaften, seine Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen. Auch er widmete der Jugend einige Vorlesungen, die großen Anklang fanden. Es war ein Abend mit der Jugend für die Jugend. Nachdem die offizielle Feier vorüber war, wollten sich die Jugendlichen durchaus nicht trennen, sie blieben noch bis 11 Uhr beisammen und vergnügten sich mit Volkstänzen. Der nächste Heimabend findet am Freitag, den 19. März, abends 7 Uhr, im Volkshaus statt.

München. Unsere diesjährige Jahres-Generalsversammlung am 2. März nahm zuerst den Geschäftsbericht des Vorjahres entgegen. Auch im vergangenen Jahre ist es trotz heftiger Widerstände der Unternehmer gelungen, die Löhne für das Buch- und Steindruckpersonal zu heben. Durch einen Vergleich zwischen den erreichten Zulagen und den gezahlten Beiträgen eines einzelnen Mitgliedes pro Jahr kann festgestellt werden, daß sich die Beiträge sehr gut verzinst haben. Die Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Mitgliedschaft war gut. Durch den Arbeitsnachweis konnten 34 männliche und 850 weibliche, zusammen 884 Mitglieder, vermittelt werden. Aus dem Bericht des Kassierers ist zu entnehmen, daß die Gesamteinnahmen im vergangenen Jahre 53 725,10 Mk. betragen, wovon 30 967,28 Mk. an die Hauptkasse als Ueberfluß abgeführt werden konnten. Der Bestand der Ortskasse beträgt 5428,53 Mk. — Die Mitgliedsbeiträge steigerte sich gegenüber der des Vorjahres um 248 und betrug am Jahresfluß 1823, davon 481 männliche und 1377 weibliche. Den Revisionsbericht erstattete Kollege Langhauer, er stellte fest, daß Kasse und Bücher in bester Ordnung vorgefunden wurden. Reicher Beifall und die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Verwaltungsmitglieder bewies, daß die Versammlung mit der Tätigkeit der Verwaltung im verlaufenen Geschäftsjahre einverstanden war. Kollege Behmer berichtete dann eingehend über die Verhandlungen vor dem Zentralstichtungsamt in Berlin. Bei Befragung der Unternehmeranträge und deren materielle Auswirkung für München gab es seitens der Versammlung nicht gerade schmeichelhafte Urteile. Daß sich ein Münchener Prinzipalvorsitzender herbeiließ, diese Forderungen der Unternehmer mit zu begründen, fand die Versammlung unerhört. Am Reichsrat wird festgehalten, und einem Lohnabbau, auch nur um einen Pfennig, wird das Hilfspersonal — wenn notwendig — mit den stärksten Mitteln zu begegnen wissen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten, insbesondere eines Beschlusses, daß sämtliche Mitglieder moralisch verpflichtet sind, unserer „Freiwilligen Sterbefälle“ beizutragen, schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen „Hoch!“ auf den Verband die sehr gut besuchte Versammlung.

Rürnberg-Fürth. Unsere Jahresgeneralsversammlungen, die am 22. und 25. Februar stattfanden, nahmen nach Ehrung der im Vorjahre gestorbenen Mitglieder den von Kollegen Keckling erstatteten Geschäftsbericht über das Jahr 1925 entgegen. Der bemalte bis zum Jahresfluß anhaltende gute Geschäftsgang blieb nicht ohne günstigsten Einfluß auf die Mitgliederzunahme und Beitragsleistung. Der im Vorjahre abgeschlossene Reichsrat für das Buchdruckhilfs-

personal brachte uns eine Reihe von Verbesserungen, wie den Fortfall der unterschiedlichen Bezahlung zwischen Verarbeiteten und Bedienden, die Berechnung der Prozentsätze nach dem Spitzenlohn der Gehilfen am Orte usw. Der große Teil der Kollegenchaft im Buchdruck verstand es, außerhalb der allgemeinen tariflichen Zulagen Lohnerhöhungen zu erlangen und sich dadurch auch einen bescheidenen Anteil an den großen Konjunkturgewinnen der Prinzipale zu sichern. Die „gute alte Zeit“ mit der Minimumbezahlung und der fünfjährigen Tarifdauer ist aus Nimmerwiederkehr verschwunden. Im Steindruck begann und endete das Vorjahr mit Lohnverhandlungen. Der stotte Geschäftsgang im Steindruck wurde leider von unseren Mitgliedern nicht zu persönlichen Lohnforderungen ausgenutzt, sondern nur zu Leberfundenleistungen verwandt, damit die Arbeiten so rechtzeitig hinauskommen. Dadurch wurden uns die Lohn- und Tarifverhandlungen erspart, wir mußten auch einen Ferienabbau in Kauf nehmen. Im Steindruck wurden vier Lohnbewegungen geführt, dazu kamen die Verhandlungen über den Manteltarif, die uns eine Verbesserung der Prozentsätze für die Kolleginnen brachten. In freien Verhandlungen kamen wir fast niemals zu einer Einigung, fast immer mußte die gesetzliche Schlichtungsstelle eingreifen. Als Weihnachtsfreude übertrachten uns die Steindruckunternehmer mit dem Antrag auf einen zehnprozentigen Lohnabbau, den wir mit der Forderung einer zehnprozentigen Lohnerhöhung beantworteten. Der Lohnabbau wurde abgewehrt, an dessen Stelle soll nun eine Ferienkürzung treten. An der Lautheit und Gleichgültigkeit im Steindruck ist auch ein Teil der Scheitererfolgen mitschuldig. Würden die Kolleginnen im Steindruck mehr wechseln und nicht immer am Betriebe kleben, so kämen sie bald zu höheren Löhnen. Die mit der Wahl einer Agitationskommission gebegten Erwartungen wurden leider nicht erfüllt. So günstig der Geschäftsgang im Steindruck bis zum Herbst war, so rasch vollzog sich der Umschwung, so daß wir zu Weihnachten schon eine Anzahl Arbeitsloser hatten, denen wir zu der Ertrunterstützung aus der Verbandstafel, aus den durch Sammlungen aufgebrachtten Mitteln einen entsprechenden Zuschuß gaben. Einzelne Druckereien zeigten für die Not der Arbeitslosen wenig Verständnis; so brachte z. B. eine große Druckerei mit über 50 Mitgliedern 5,10 Mtl. auf. Das ist auch „fette Tugend“, ins Proletarische übertragen. Mit einzelnen Firmen waren eine Menge Verhandlungen notwendig, um die tariflichen und gesetzlichen Rechte unserer Mitglieder zu wahren. Härten bei Entlassungen wurden beseitigt oder gemildert und in vielen Fällen eine Entschädigungssumme erreicht. Es fanden statt acht Mitglieder, acht Branchen- und zwei Mitgliederversammlungen sowie mehrere Vertrauenspersonensitzungen. 46 Geschäfterversammlungen dienten zur Belegung der Agitation und zur Erlebung von Betriebsangelegenheiten. Die auf dem Verbandstage in Hamburg beschlossenen Beitragserhöhungen konnten mit Ausnahme je eines Betriebes in Nürnberg und Fürth überall glatt durchgeführt werden. Zusammenfassend können wir wohl sagen, daß wir unsere bisherige Position nicht nur behauptet haben, sondern auch ein Stück weiter vorwärts gekommen sind, wenn auch die erreichten Erfolge nicht genügend gewirkt wurden. Auch in diesem Jahre werden wir neue Kämpfe um Erhaltung und Ausbau des jetzt Bestehenden führen müssen, und deshalb ist eine geschlossene Front des gesamten graphischen Hilfspersonals die beste proletarische Einheitsparole. „Die Fragen der Wirtschaft“, mit denen die Zeitungsspalten gefüllt sind, sind zum großen Teil Organisationsprobleme, und für uns wird das gewerkschaftliche das entscheidende sein und bleiben. Nach herzlichsten Dankesworten des Kollegen Redling an die Vertrauenspersonen für ihre Mitarbeit im vergangenen Jahre gab anschließend Kollege Taubmann den Kassenbericht für das Jahr 1925. Die Einnahmen und Ausgaben der Verbandstafel bilanzieren mit 38 740 Mark, von denen als Ueberhuß 22 156 Mark an die Hauptkasse gefandt wurden. Die Lokaltafel weist an Einnahmen und Ausgaben 10 478 Mark am Jahresstillschluß auf. Bis zum Jahresstillschluß konnten wir eine Zunahme von 18 männlichen und 83 weiblichen Mitgliedern buchen. Die Neuwahl der Gesamtverwaltung ergab eine wesentlichen Veränderungen. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde die „Tarifmüdigkeit“ der Buchdruckprinzipale einer scharfen Kritik unterzogen. Es sind nicht nur die kleinen Provinzunternehmer, die sich nicht mehr unter das „Tarifjoch“ beugen wollen. Im Gegensatz zu den Friedensjahren sind es jetzt nicht mehr die Prinzipale, die die Leitung der Unternehmerverbände in Händen haben, an deren Stelle sind auch im Buch- und Steindruck meist rechtstundige und berufsfremde Spindlir getreten, die mit wenig Scharfsm und vielen Worten die Schädlichkeit des Tarifgedankens für die Gesundheit der Wirtschaft nachweisen. Keine tarifliche Festlegung, Bezahlung nach Lieben und Leistung, wobei Höchstleistungen nicht anerkannt werden; Abbau und allmäßlicher Wegfall der Ferien und sonstiger „produktionswertuender“ Bestimmungen, um auf dem Auslandsmarkt wieder auf Kosten der Arbeiterschaft jede Konkurrenz niederzuringen. Das Muster eines solchen Idealtarifes bildet der Entwurf des Deutschen Buchdruckervereins. Wie sich dieser Entwurf gegenüber dem jetzigen Zustande in Mark und Pennig ausgewirkt hätte, zeigte Kollege Redling an den verschiedenen Gruppen und Altersklassen. Ist auch der Angriff durch einen verbindlich erklärten Schiedspruch bis 31. Mai abgeblasen, so werden nach dieser Zeit die Unternehmer wiederum zum Kampfe aufrufen. Auch am Orte wurde in einigen Buchdruckereien versucht, die Leberbezahlung bis um die Hälfte zu kürzen. Die Kolleginnen setzten sich ganz entschieden zur Wehr, so daß von einem Lohnabbau abgesehen wurde. Nach dem Steindrucktarif werden die Ferien für das laufende Jahr im Januar festgelegt. Die Unternehmer wollten auch hier Verschlechterungen vornehmen, während wir einheitliche Feriendauer für männliches und weibliches Hilfspersonal nach der Dauer der Geschäftszugehörigkeit verlangten. Durch Schiedspruch des Bundeseinigungsamtes wurde die Beibehaltung der bisherigen Ferienbestimmungen für das laufende Jahr erreicht. Die Unternehmer berufen sich gern auf die Metallindustrie, die hier ausflagelnd ist und sich zum Teil im Krisenzustand befindet. Während und nach der Inflation, als dort die Löhne höher waren, wollte man von einem Vergleich nichts wissen, da die besonderen Verhältnisse im Steindruck zu berücksichtigen waren. Auf alle Weise versucht ein Teil der Unternehmer, die tariflichen Bestimmungen zu umgehen.

Zum Schluß der Versammlung verlas Kollege Taubmann noch auf die Bedeutung des Volksbegehrens zur entschädigungslosen Entziehung der deutschen Fürsten, die zwar nicht die Kleinschuld, aber doch ein gerütteltes Maß von Schuld an dem großen Unglück des deutschen Volkes haben, und forderte zur Einzeichnung in die Eintragungslisten auf.

Wiesbaden. Mitgliederversammlung am 8. März. Im Geschäftlichen wurde beantragt, daß die Verbandstagsprotokolle eingetroffen und beim Vorstand erhältlich sind. Ferner wurde auf die Einzeichnungslisten zum Volksbegehren hingewiesen und jeder an seine Pflicht erinnert. Dann erstattete der Gauleiter einen Bericht über die Revision der Ortsliste. Wenn auch bis zum 1. Januar 1926 die Kassengeschäfte seitens des Kassierers in hervorragender Weise geführt wurden, so habe ich für die Monate Januar und Februar ein Fehlbetrag ergeben. An diese Ausführungen des Gauleiters schloß sich eine lange und erregte Debatte, die damit endigte, daß der Kassierer seiner Aemter enthoben und für den entstandenen Schaden haftbar gemacht wurde. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der Kollege Hermann Leimer zum 1. Vorsitzenden, der Kollege Bernhard Kremer zum Kassierer, der Kollege Karl Adermann zum Schriftführer und die Kollegen Becht und Söffler als Revisoren gewählt. Der Kollege Leimer wurde als Delegierter für das Graphische Kartell und der Kollege Flieger zum Kartelldelegierten bestimmt. Darauf sprach der Gauleiter über die Tarifverhandlungen, den gefällten Schiedspruch und über die Verbindlichkeitsklärung. Redner führte den Verammelten vor Augen, daß es diesmal einen scharfen Kampf gestiftet hat, um die Anträge der Unternehmer abzuwehren und daß dies nur möglich war, durch die geschlossene Haltung unserer gesamten Kollegenchaft wie unserer Tarifverbänder und unseres Zentralvorstandes. Die Kollegenchaft habe keine Ursache, die Hände in den Schoß zu legen, denn nach dem neuesten Bericht der Unternehmer in ihrer Zeitschrift Nr. 19 geht es mit aller Deutlichkeit hervor, daß sie den Kampf noch nicht als verloren betrachten, sondern ihn nur aufgeschoben haben. Wir haben deshalb mit aller Bestimmtheit damit zu rechnen, daß die Unternehmer bis zum Ablauf des Tarifes erneut mit dem Antrag auf Aufhebung des Tarifvertrages kommen werden. Die Kollegen und Kolleginnen müssen jetzt schon für die notwendige Aufrüstung sorgen. Einmal wird und muß dem Unternehmertum doch durch Kampf klargemacht werden, daß die graphische Hilfsarbeiterschaft sich nicht alles bieten läßt. Aus diesem Grunde sollen wir uns in Einigkeit und Geschlossenheit zu erziehen, daß wir den kommenden Kampf jeden Tag aufnehmen können.

Auch diesem Bericht folgte eine ausgedehnte Diskussion. Die Anträge der Unternehmer zur Tarifrevision wurden hart kritisiert. Wenn man die Arbeitgeber in Wiesbaden hört, so sind sie es nicht, die derartige Anträge vertreten, es sind immer die anderen. Den Tarifverbändern wie auch dem Zentralvorstand wurde für seine tatkräftige Arbeit der Dank in Form einer Entschädigung zum Ausdruck gebracht. Zum Schluß wurde beantragt, daß die Kassengeschäfte durch den Kassierer Bernhard Kremer geführt werden und daß Unterstützungsansprechungen nur freitags abends in der Zeit von 5 bis 7 Uhr stattfinden.

Rundschau.

Eine Konferenz gewerkschaftlicher Frauen wird im Zusammenhang mit dem diesjährigen ordentlichen Gewerkschaftstages in England stattfinden, und der außer der Frauengruppe des Generalrates und den angeschlossenen Organisationen u. a. auch die Frauen aller Kongressdelegierten eingeladen werden. Außerdem werden die Gewerkschaftstafeln aufgefordert, eine Liste aller Organisationen einzuladen, die sich für den Kongress interessieren und eingeladen werden können. Die Vertreterzahl wird nicht beschränkt, so daß jeder Verband Gelegenheit hat, sich nach Wunsch vertreten zu lassen. Der Gewerkschaftsleiter, die der Bewegung im Berichtsjahre die größten Dienste geleistet hat, wird eine goldene Medaille mit Inschrift überreicht werden.

Kursus für erwerbslose Gewerkschaftsjugendfunktionäre. Vom 7. bis 14. Februar veranstaltete das Bezirkssekretariat des ADGB für Rheinland und Westfalen einen achtstägigen Führerkursus für die zurzeit erwerbslosen freigewerkschaftlichen Jugendleiter. Als Tagungs- und Aufenthaltsort diente die Westfälische Jugendherberge bei Neadinghausen, deren moderner Ausbau allen gestifteten Anforderungen bestens genügt. Zu dem Kursus hatten sich über 100 Teilnehmer gemeldet; diese Zahl mußte infolge des großen Andranges auf 70 beschränkt werden.

Das Arbeitsprogramm in der Tagung war reichhaltig und zweckentsprechend ausgefüllt. Im Mittelpunkt der Betrachtungen standen folgende Themen: 1. Ursachen und Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise; 2. Die moderne Gewerkschaftsbewegung, ihre Aufgaben in Staat und Wirtschaft; 3. Jugendfragen; 4. Die geschichtliche Entwicklung der Arbeit; 5. Arbeiterdichtung und Festkultur. Als Referenten zu diesem Kursus wirkten folgende Personen mit: Dr. Meier, Dr. Seelbach, Düsseldorf; Schönland, Malshe, Berlin; Dr. Berger, Bogi, Bochum; Meier, Annen, Trient, Bochum. Das tägliche Arbeitspensum belief sich auf je vier Vorträge bzw. Arbeitsgemeinschaften.

Der Verlauf der Woche brachte ein befriedigendes Ergebnis. Die Kursteilnehmer bezogen einen ernsthaften Bildungsdrang und bewiesen großes Verständnis für die aufgeworfenen Fragen. Neben der geistigen Weiterbildung der Teilnehmer verlorste das achtstägige Zusammenleben den kameradschaftlichen Geist und das gegenseitliche Vertrauen. Hinreichend der seelischen und moralischen Schädigungen, die unserer erwerbslosen Jugend drohen, ist der Kursus als ein Stück wertvolle Erziehung und Bildungsarbeit zu bewerten. Dies um so mehr, da die Kursteilnehmer als verantwortliche Jugendleiter Einfluss auf weite Kreise der erwerbstätigen bzw. arbeitslosen Jugend haben. Es ist deshalb eine dankenswerte Aufgabe, daß der ADGB auch in dieser Hinsicht kein Mittel unverzucht läßt, die Not der arbeitslosen Jugend zu lindern. Unsere erwerbslose Jugend leidet nicht nur wirtschaftliche Not, sondern ist auch sittlich gefährdet und seelischen Depressionen ausgelegt. Das praktische Beispiel des ADGB, darf angesichts der wachsenden Not der erwerbslosen Jugend in Deutschland nicht unbeachtet bleiben, sondern verdient bestmögliche Nachahmung.

Die englischen Arbeitslosenziffern gehen von Woche zu Woche zurück. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Mitte Februar 1 189 000. Gewiß noch eine hohe Ziffer, dennoch um rund 100 000 niedriger als vor einem Jahre.

Die Arbeitslosigkeit wächst und die Aktien steigen. Die Kurse der deutschen Aktienpapiere gingen bekanntlich seit Jahresanfang stark in die Höhe. Wenn auch die sprunghafte Steigerung sich in den letzten Wochen verminderte, so ist doch die Lastfrage zu verzeichnen, daß die Kurse an der Börse von Anfang Januar bis Ende Februar nach den Relativzahlen der „Fr. Ztg.“ von 58,31 bis 72,61 emporstiegen. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen erhöhte sich vom Januar bis zum 15. Februar von 1 498 681 auf 2 059 000. Die Aktienkurse konnten sich um 25 Prozent verbessern in der Zeit, wo die Arbeitsmarktlage sich um 37 Prozent verschlechterte. Ein vollendeter Widerspruch, der nur dadurch erklärlich scheint, daß das Börsenpublikum trotz alledem auf eine gute Verjüngung der Aktienpapiere rechnet. Namenloses Geld auf der einen und gute Dividendenhoffnungen auf der anderen Seite. Die kapitalistische Wirtschaft in ihrer vollsten Glorie!

Das Armenrecht der Fürstin. Der Vertreter der Fürstinwitwe Anna Louise von Schwarzbürg, welfand königlich preussischer Landrat v. Halem, hat für seine Auftragsgeber in einer Klage gegen den thüringischen Staat das Armenrecht verlangt. Die gemüthliche Dame verlangt nicht weniger als 46 600 Hektar an Grund und Boden. Da die Gesamtlänge des ehemaligen Fürstentums Schwarzbürg-Sondershausen nur 86 219 Hektar betrug, will Anna Louise mehr als die Hälfte als ihr Privatteilgutm erkärt wissen. Wehrt euch gegen dieses moderne Raubrittertum beim Volksentscheid!

Die Wähe Kaiser Franz Josefs. In der Wiener Zeitung „Der Abend“ wurde kürzlich das Testament des vorletzten habsburgischen Kaisers Franz Josef veröffentlicht. In diesem umfangreichen Dokument, das 35 Seiten, handschriftlich beschrieben, umfaßt, wurde das riesige Vermögen des Hauses Habsburg unter die Erben verteilt. Franz Josef starb im Jahre 1917, als die Not in Oesterreich bereits schreckliche Formen angenommen hatte. Das Volk wurde mit keinem roten Heller aus diesem Vermögen bedacht. Es bekam auch nichts von den 60 000 Wäheflächen, die der alte Kaiser seinen Erben hinterließ. Ein Glück, daß die österreichische Revolution mit diesem Sput so gründlich aufzuräumte, daß ein Zurückgreifen der Erben Habsburgs auf vermeintliche Rechte ausgeschlossen ist.

Literatur.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipziger, 3. Jahrgang, Heft 2, 1926. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 Mtl.

Kursenbeziehung? Ein Besuch zum Volksentscheid von Kurt Weisig. Berlin 1926. Verlagsgesellschaft des ADGB.

Europa (Unteranga oder Reubau). Sprecher-Sozialwerk von Alfred Auerbach. Preis 30 Pf. Unions-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Berl. Buchhandlung.

„Jugend-Abend“. Mitteilungen für die Leiter der Jugendabteilungen in den Gewerkschaften. Nummer 8, März 1926. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die oben erwähnten Mitteilungen stellt in Zusammenhang mit den allgemeinen Jugendbildungsfragen die Frage des hauswirtschaftlichen Jahres für die Mädchen und die der Erziehung des Kinderkulturs für die gesamte Jugend zur grundsätzlichen Erörterung. Angesichts der trostlosen Lage auf dem Arbeitsmarkt erscheint die Behandlung dieses Gebiets als durchaus zeitgemäß. Ferner enthält das Heft Abhandlungen über die Stellung der Jugend in der Gesetzgebung, Berufsbildung, Bildungsfragen, organisatorische Fragen sowie Berichte aus der praktischen Arbeit.

Wien. Heft 6 (März 1926). Im Blattartikel schildert Prof. Dr. Schatzel die Lage der Wirtschaft in Sowjetrußland, die nach seinem Urteil längeren Aufenthalt erwerblosen Studenten zu einer für das Proletariat und die Menschheit viel bedeutungsvolleren Auswertung zu kommen vermag als in jedem kapitalistischen Staate. Dr. Rudolf Hämel behandelt in einem reich mit Bildern geschmückten Aufsatz „Das Ford-System“ unter Betonung seiner sozialen Begleitumstände. Maria Reichle würdigt das bedeutungsvolle Buch des Russen Semlow „Die biologische Tragödie der Frau“. Im Beiblatt „Soziales Wandern“ schildert Naturfreund Hermann Wochel seinen Besuch „Im Gebiet der Pyramiden“. „Das Wunder der Liebe“ findet durch eine Behandlung der Beziehungen zwischen Geschlechtern und Völkern aus der Feder Julius Köhners (Wien) seinen Abschluß. Interessante Stoffe und die Beilage (Arbeiter-Karzelliste) vervollständigen den wertvollen Inhalt.

Abrechnungen.

In der Woche vom 8. bis 13. März gingen bei der Hauptkasse ein:

Dresden: Restbetrag vom 4. Quartal 7598,87 Mtl.
Berlin, den 13. März 1926.

J. Schödl.

Für die Woche vom 21. bis 27. März ist die Beitragsmarke in das mit 12 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches ober der Mitgliedskarte zu kleben.

Unsern lieben Kollegen Michael Raub und seiner Braut Maria März zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Josephine Kaufbeuren.

STERBETAFEL

Am 21. Februar 1926 verstarb plötzlich unser altes Mitglied, der Hilfsarbeiter

Adolf Becker

(im Hause Fischer & Wittig, Leipzig)

infolge Gehirnschlag.

Am 5. März 1926 verstarb nach längerer Krankheit der Steinbildner

August Naumann

(im Hause Breitkopf & Härtel, Leipzig).

Ein ehrendes Andenken bewahrt den Verstorbenen

Die Mitgliedschaft des Gaus Leipzig.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulae Charlottenburg. Meescheidstraße 10. Fernruf: Amt Berlin 1028. Verlag: H. Vobaldt Charlottenburg. — Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68.